

# Kalivertrag: Tricksen, Heucheln und Täuschen

Die Landesregierung muss endlich Licht in das Dunkel um Bischofferode bringen

**Vor 21 Jahren, am 13. Mai 1993, wurde der Vertrag mit dem Konzern Kali und Salz unterzeichnet. Das Dokument zählt zu den bestgehüteten Geheimakten der Geschichte Thüringens nach der Wende. An der Geheimniskrämerei trägt die seit damals regierende CDU in Bund und Land gewaltigen Anteil. Seitdem vor wenigen Monaten die Debatte um den brisanten Vertrag durch das Auftauchen einer Kopie wieder neu entfacht wurde, kommen fast täglich neue unfassbare Details ans Licht.**

An Fakten ist klar, dass der Kalivertrag in Kombination mit dem später „blind“ abgeschlossenen Altlastenfreistellungsvertrag faktisch „eine Lizenz zum Gelddrucken für den Düngemittelkonzern ist, finanziert von Bürgerinnen und Bürgern durch Steuergeld“, sagte Bodo Ramelow. Fakt ist auch, dass die Firma nur durch die dramatischen Vorgänge um Bischofferode den Weg frei hatte, um lästige Konkurrenten loszuwerden, damit ihre Marktposition auszubauen und dafür auch noch Steuergeld einsteckte. „Traurige Tatsache ist auch, dass nicht nur eine Kaligrube geschlossen wurde, sondern vielen Menschen und ihren Familien die Arbeitsgrundlage entzogen wurde und eine ganze Region bis heute dauerhaft von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes abgehängt wurde“, so der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Eine Dokumentensammlung einschließlich des mutmaßlichen Vertrages war der Linksfraktion anonym zugespielt worden. Aber es muss zwingend noch weitere Dokumente geben. „Es liegt an der Landesregierung, offen zu legen, welche wirkliche Vertragsgrundlage existiert“, forderte der LINKE Landespolitiker. Damit sind zahlreiche weitere Fragen verbunden, z.B. wer bevollmächtigt gegengezeichnet

hat, warum das Parlament in so einer langfristig den Landeshaushalt um Millionenbeträge belastenden Angelegenheit nicht beteiligt wurde, ob bei Nichtbeteiligung überhaupt ein Vertrag rechtswirksam ist.

„Es bleibt aber auch die alte Laterfrage Cui bono? Was war die Gegenleistung des Konzerns für einen solchen Freibrief an die damals Regierenden, wie Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Bernhard

absichern. Es liegt allein an der Landesregierung, endlich Licht in das Dunkel um die Vorgänge um Bischofferode zu bringen.“

## Ausstiegsmöglichkeiten prüfen und nutzen

„Es führt nicht weiter, über nutzlose Klauseln zur Nachverhandlung des Generalvertrags zu philosophieren. Es müssen die vorhandenen gesetzlichen



*Auf Antrag der Linksfraktion hatte sich der Thüringer Landtag im Rahmen einer Sondersitzung am 19. März mit dem Kalifusionsvertrag befasst. Zuvor waren Aktenordner mit Kopien der Unterlagen den Fraktionen anonym auf dem Postweg zugegangen.*

*Archivfoto: Peter Lahn*

Vogel, der bei all dem mitgemacht hat?“ Beide gehören der CDU an, stammen aus Rheinland-Pfalz, dem Hauptsitz des damaligen Mutterkonzerns von Kali und Salz BASF.

„Das alles hat mehr als nur ein ‚Geschmäckle‘ und gehört aufgeklärt und ausgeräumt“, so Bodo Ramelow. Aber auch der Vertragsinhalt ist ein Problem. Allein die zugespielte Dokumentensammlung einschließlich des mutmaßlichen Vertrages – so sie echt ist, wofür alles spricht – kann man getrost als sittenwidrig einstufen. „Es ist ein Dokument, welches in die Geschichte eingehen wird. Selten konnte ein Konzern seine beherrschende Marktstellung dauerhaft und vertraglich mit Mitteln des Steuerzahlers so komfortabel

Ausstiegsmöglichkeiten aus dem Kalikomplex – auch bezogen auf den Geheimvertrag – geprüft und genutzt werden“, hatte Bodo Ramelow erklärt mit Blick auf ein Gutachten, wonach das Land Thüringen die drohenden Milliarden-Lasten bei der Sanierung des Kalibergbaus offenbar allein schultern muss. Er nenne „die Kombination und die Wirkung der Verträge eine toxische Mischung und ein giftiges Gebräu“.

Der Ausgangspunkt ist der Geheimvertrag und dort sind Altlastenfreistellungen geregelt und vor dem Parlament geheim gehalten worden. Daraus ergibt sich faktisch eine arglistige Täuschung des Landes durch den Bund.

*Fortsetzung auf Seite 10*

## VON A BIS Z:

### MDR-Staatsvertrag

In Konsequenz der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum ZDF-Staatsvertrag bringen die Linksfraktionen in den Landtagen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gleichlautende Anträge in den parlamentarischen Gang, mit denen die Landesregierungen aufgefordert werden, zur Vorbereitung einer Neufassung des MDR-Staatsvertrages eine Drei-Länder-Arbeitsgruppe aus Regierungsvertretern, Landtagsabgeordneten und Sachverständigen zu bilden. André Blechschmidt, medienpolitischer Sprecher der Thüringer Linksfraktion: „Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Zusammensetzung des ZDF-Fernsehrats hat neue Maßstäbe für die Rundfunkfreiheit gesetzt. In den Kontrollgremien der öffentlich-rechtlichen Sender sollen laut Verfassungsgericht ‚möglichst unterschiedliche Perspektiven und Erfahrungshorizonte einbezogen werden. Insbesondere die Besetzung des Rundfunkrates mit Frauen, die Vertretung von Migrantenorganisationen sowie die Einbeziehung ethnischer Minderheiten muss bei der Novellierung des MDR-Staatsvertrages Berücksichtigung finden. (...) Vor den anstehenden Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen ist es falsch, das Thema MDR-Staatsvertrag auf die lange Bank zu schieben. Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die Vorschläge zur Vielfaltssicherung in den MDR-Gremien erarbeiten soll, muss jetzt vorbereitet werden.“

*Die Pressemitteilung ausführlich unter [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de).*

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Nachdem jetzt der Thüringer Landtag am 21. und 22. Mai tagt, finden die nächsten und letzten planmäßigen Plenarsitzungen in dieser Legislaturperiode in der Zeit vom 25. bis 27. Juni sowie vom 16. bis 18. Juli statt.

### Tag der offenen Tür:

In diesem Jahr lädt der Thüringer Landtag wieder zu einem Tag der Offenen Tür ein, der am Samstag, den 21. Juni, stattfindet. Die Linksfraktion wird mit einem umfangreichen Informationsangebot dabei sein.

Aktuelle Themen, Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Verbeamtung

Zur gemeinsamen Studie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und des Bildungsministeriums im Rahmen einer Befragung der Lehramtsanwärter erklärte MdL Dirk Möller: „Besonders die weichen Standortfaktoren sind entscheidend, so waren ‚Familie‘ und ‚soziales Umfeld‘ die häufigsten Antworten zu den Einflussfaktoren bei der Wahl des Arbeitsortes. Die Frage nach einer Verbeamtung in Thüringen wurde zu gleichen Maßen als wichtig und weniger wichtig beurteilt. Vor allem die Rahmenbedingungen müssen verbessert und die Arbeitsbelastung verringert werden, da ist die von Minister Matschie geforderte Verbeamtung nicht das Allheilmittel“, so der LINKE-Abgeordnete.

## Feiertag

Im Jahr 2015 jährt sich der 8. Mai als Tag der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus zum 70. Mal. Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion im Landtag, hatte daher erneut gefordert, dass der 8. Mai als Tag der Befreiung endlich auch in Thüringen zu einem gesetzlichen Gedenktag erklärt wird. „Der Tag der Befreiung als Tag des Sieges für Freiheit und Demokratie muss entsprechend gewürdigt werden. Es sollte an diesem Tag sowohl den Alliierten gedankt werden, welche die Shoah, die Vernichtung von Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen und Widerständigen beendeten, als auch an eben dieses unfassbare Leid erinnert werden“, erklärte die LINKE-Abgeordnete.

## Armutsrisiko

Nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit sind Familien mit mehreren Kindern immer noch stärker von Armut betroffen. „Wenn Arbeitszeiten und Betreuungsformen nicht so organisiert sind, dass auch kinderreiche Eltern einen Beruf ausüben können, werden diese Familien nie aus der Armutsfalle herauskommen“, so MdL Margit Jung. Notwendig seien bessere Hortbetreuungen, Ganztagschulen oder ein Ausbau der Kitas zu Eltern-Kind-Zentren. Hier können Kurse angeboten, Beratungen durchgeführt und Eltern über Unterstützungsmöglichkeiten informiert werden, denn „Eltern finden sich ohnehin regelmäßig in der Kita ihres Kindes ein – hier sind sie besonders gut erreichbar und ansprechbar“.